



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

I. Das Wichtigste zuerst

Flexirentengesetz tritt zum 01. Juli 2017 in Kraft

Viele Menschen wollen gerne über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus am Berufsleben teilnehmen. Mit der Flexi Rente hat der Deutsche Bundestag nicht nur die gesetzlichen Grundlagen dafür deutlich verbessert, sondern macht den Weg frei für individuelle Gestaltungsfreiheit, wie es sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen. Mit der Flexirente wird nun die Möglichkeit, vor Erreichen der Regelaltersgrenze Arbeit zu reduzieren und Teilrente zu beziehen, neu geregelt: Teilrente und Hinzuverdienst werden flexibel und individuell miteinander kombinierbar.

Statt starrer Grenzen, die bisher dazu führen konnten, dass sich das Weiterarbeiten finanziell nicht richtig lohnt, gibt es jetzt ein stufenloses einfaches Anrechnungsmodell. Wer Teilrente bezieht, darf bis zu einer anrechnungsfreie Obergrenze von 6.300 Euro jährlich hinzuverdienen. Darüber liegende Verdienste werden zu 40 Prozent auf die Rente angerechnet werden. Das gilt auch für Erwerbsminderungsrenten. Erst wenn die Obergrenze, nämlich das individuelle höchste Einkommen der letzten 15 Jahre, überschritten ist, kommt es zu einer vollen Anrechnung. Gerne hätten wir seitens der Union diese Regelung noch großzügiger ausgestaltet, aber der Koalitionspartner SPD machte da nicht mit.

Wer in Zukunft eine vorgezogene Vollrente bezieht und trotzdem weiterarbeitet, erhöht damit künftig auch seinen Rentenanspruch. Denn Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil erhöhen die Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto. Zudem kann ein Arbeitnehmer, der sich entscheidet, früher als

„Schmidts Berliner Brief“ 8/17

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Der Sieg im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt uns den Rückenwind für die Bundestagswahl im September. Die drei hintereinander gewonnenen Wahlen machen deutlich: Mit den richtigen Themen und guten, überzeugenden Kandidaten werden Wahlen gewonnen. In Schleswig-Holstein und NRW hat die CDU auf Schulen, Straßen und Sicherheit gesetzt, das sind die Themen, die die Menschen beschäftigen. Die Ergebnisse zeigen auch, dass es richtig war, trotz schlechter Umfragewerte für die CDU die Nerven zu behalten.

Die Arbeit im Bundestag startete für mich gleich am Montag mit zwei Öffentlichen Anhörungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales zum Thema Erwerbsminderungsrente und Rentenanpassung in Ost und West, deren Leitung ich übernahm. Auf dem Arbeitnehmerkongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der ebenfalls am Montag stattgefunden hat, betonte die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Rede zum Thema Weiterbildung im digitalen Zeitalter die sich ändernden Anforderungen in der Arbeitswelt. Es seien vor allem bedarfsgerechte und individuelle Lösungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere was die Flexibilität der Arbeit angeht, gefragt. Aus meiner Sicht stellt die Zunahme von psychischen Erkrankungen ein großes Problem dar, welches die Politik jedoch erkannt hat und dem präventiv begegnet werden muss. Psychische Belastungen im Job sollen möglichst verhindert und die Gesundheit am Arbeitsplatz gefördert werden.

Bereits letzte Woche gab es Besuch u.a. von der Bergwacht Todtmoos und der Lebenshilfe Südschwarzwald e.V. (S.2).

Herzliche Grüße

Ihre

zum Renteneintrittsalter in den Ruhestand zu gehen und dafür 0,3 Prozent Abschläge pro Monat in Kauf nimmt, bereits mit 50 Jahren statt bisher 55 Jahren Ausgleichszahlungen in die Rentenkasse einzahlen.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht. Wir wollen die Abschiebung vollziehbarer ausreisepflichtiger Ausländer konsequenter durchsetzen, vor allem wenn von diesen Sicherheitsrisiken ausgehen. Das entsprechende Gesetz haben wir in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Zudem sollen Ausländer, die ausreisepflichtig sind, aber nicht freiwillig ausreisen, sich nur noch im Bezirk einer einzelnen Ausländerbehörde aufhalten dürfen, sofern sie über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht oder ihre Mitwirkung bei der Rückführung verweigert haben. Zudem stärken wir die Möglichkeiten der Überwachung und Abschiebeinhaftierung von Ausländern, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen. Wir ziehen damit wichtige ausländerrechtliche Konsequenzen aus den Anschlüssen von Berlin und Ansbach.

2. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Wohnungseinbruchsdiebstahl. Künftig wird der Wohnungseinbruch in privat genutzte Wohnungen härter bestraft, indem ein neuer Straftatbestand dafür eine Mindeststrafe von einem Jahr vorsieht. Ein Einbruch in ihre Privatsphäre ist oftmals ein traumatisches Erlebnis für die Opfer, daher ist eine Anpassung des Strafmaßes angemessen. Zudem erweitern wir den Katalog der Straftaten in der Strafprozessordnung, nach dem die Polizei nach richterlichem Beschluss Verbindungsdaten der Tatverdächtigen auswerten kann. Somit wird es leichter, die Bandenstrukturen der Täter aufzudecken.

III. Sonstiges

1. 50 politisch Interessierte aus dem Wahlkreis unterwegs in Berlin



Bei gutem Wetter und bester Laune erkundeten 50 politisch Interessierte die Hauptstadt. Dabei waren u.a. die Bergwacht Todtmoos, Lebenshilfe Südschwarzwald e.V. und Unternehmerfrauen im Handwerk Waldshut. Auf dem spannenden Programm standen eine Spreefahrt, Führung im Bundeskanzleramt und ein Gespräch im Bundesfinanzministerium. Für mich übernahm meine Mitarbeiterin Julia Reichert die politische Diskussion mit der Reisegruppe im Deutschen Bundestag. Die Gruppe interessierte sich insbesondere für das Verhältnis von Politikern und Verbandsvertretern sowie die Arbeitnehmerthemen und meine Arbeitsschwerpunkte. Nach einem kurzen Aufenthalt auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes ging es anschließend ins Museum am Brandenburger Tor. „Eine unvergessliche Fahrt voller schöner Eindrücke“, lautete das durchweg positive Fazit der Reisenden auf der Heimfahrt.

2. Gespräch des Ausschusses für Arbeit und Soziales mit einer hochrangigen Delegation der Portugiesisch-Deutschen Freundschaftsgruppe



Im Austausch u.a. mit dem Vorsitzenden der Portugiesisch-Deutschen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe Pedro Delgado ging es vor allem um die Arbeitsmarktpolitik und um sozialpolitische Themen. Das Land geriet 2009 in eine massive Staatsschuldenkrise, woraufhin Portugals Kreditwürdigkeit herabgestuft wurde. Portugal erlebte seitdem die größte politische und wirtschaftliche

Krise seit der Befreiung von der Diktatur 1974. Zwischen April 2011 und Mai 2014 befand sich Portugal unter dem „Euro-Rettungsschirm“ und nahm Finanzhilfen der Europäischen Union in Höhe von 78 Mrd. Euro in Anspruch. Das Land ist heute Dank großer nationaler Anstrengungen auf einem guten Weg.

3. Deutschlands Exporte und Importe klettern auf neues Rekordhoch

„Made in Germany“ bleibt auch im März 2017 international gefragt, wie neuste Zahlen nahelegen. Deutsche Exporte stiegen um fast 11 Prozent, um rund 15 Prozent die Importe an. Damit hält Deutschland den positiven Trend aus dem Vorjahr aufrecht. Insgesamt wurden im März Waren im Wert von rund 118,2 Milliarden Euro ausgeführt, was einen Anstieg von 10,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ausmacht. Die Importe erreichten mit 14,7 Prozent einen Rekordwert von 92,9 Milliarden Euro. Damit lag der Außenhandelsüberschuss bei 25,4 Milliarden Euro. Als Ursache hierfür wird die stabile „Weltoffenheit“ Deutschlands genannt. *(Quelle: Nachrichtenportal Deutscher Bundestag)*

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



**Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de
Ich freue mich auf Sie!**

2. Meine Termine der nächsten Tage (Auswahl):

20./21. Mai:	<ul style="list-style-type: none">• CDA-Bundestagung, Ludwigshafen
22. Mai:	<ul style="list-style-type: none">• Gespräch mit Schülerinnen und Schülern im Rahmen des EU-Projekttag, Gemeinschaftsschule Rheintal, Küssaberg
24. Mai:	<ul style="list-style-type: none">• Besuch Wutach-Schule Tiengen, Waldshut-Tiengen• Vor-Ort-Termin zum Thema Rückstau, Zollabfertigungsanlage, Waldshut-Tiengen• Besuch Kindergarten, Birkendorf• Vorstandssitzung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V., Waldshut-Tiengen
26. Mai:	<ul style="list-style-type: none">• Podiumsdiskussion, Kreisgymnasium Titisee-Neustadt
27. Mai:	<ul style="list-style-type: none">• 70. Geburtstag von Hans-Peter Repnik, Insel Mainau